

Danziger Zeitung.



Nr. 20063.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inferate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pfsg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1893.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 7. April. (W. T.) Der Kaiser wird in der ersten Hälfte des Mai an einer Auerhahnjagd beim Grafen Goerz-Schilz Theil nehmen.

Dem Bundesrat geht demnächst der Entwurf zur Abänderung des Zolltarifs zu bezüglich des Aethers aller Art, ausgenommen Schwefeläther, gewisse ätherische Oele, Speiseöle, Parfümerien etc.

Potsdam, 7. April. (W. T.) Prinzessin Friedrich Leopold ist in vergangener Nacht 11 Uhr 40 Min. von einem Prinzen entbunden worden. Mutter und Kind befinden sich den Umständen nach wohl.

London, 7. April. (W. T.) Im Unterhause befürwortete gestern (wie bereits kurz gemeldet) der Premierminister Gladstone in 1½ stündiger Rede die zweite Lesung der Homerulebill. Nach siebenjähriger Prüfung der Frage sei er überzeugt, daß die Homerule die einzige Lösung sei. Das irische Volk sei fest entschlossen, nicht zu ruhen, bis die ersehnte Abänderung der Unionsakte bewilligt sei. Nichts sei erniedrigender, als der Druck seitens einer großen auf eine kleine Nation, dagegen nichts edler, als das jetzt aufdämmernde Schauspiel, wo eine Nation aus Ehrgefühl und Pflichtgefühl eine Ungerechtigkeit zu beseitigen entschlossen ist.

Politische Uebersicht.

Danzig, 7. April.

Vermehrung des Eisenbahn-Betriebsmaterials.

Dem Gesetzentwurf betreffend die Erweiterung u. s. w. des Staatsseisenbahnnetzes, der u. a., wie bekannt, 15 Mill. Mk. zur Erweiterung des Fuhrparks fordert, sind umfassende und für die Entwicklung des Verkehrs in den letzten Jahren interessante Erörterungen beigegeben. Zunächst erfahren wir, dass in den letzten vier Jahren teils aus Anleihemitteln, teils aus den Betriebeinnahmen 1459 Locomotiven, 2547 Personenzugwagen und 27 304 Gepäck- und Güterwagen angegeschafft bzw. bestellt worden sind. Wie stellen sich diese Anschaffungen zu dem Bedürfnis? Von 1887/88 bis zum 1. April 1892 ist die Betrieblänge von 22 681,04 Alton. auf 25 220,73 Kilometer gestiegen, die gefahrenen Personenkilometer von 5 610 707 394 auf 7 876 475 771, die Gütertonnenkilometer von 13 430 497 761 auf 16 801 111 398. Im Jahre 1892/93 ist ein Rückgang sowohl im Personen- wie im Güterverkehr eingetreten; aber dieser Rückgang hat sich nicht gleichmäßig auf das ganze Jahr verteilt; in einzelnen Monaten sind die Leistungen erheblich höher gewesen als im Vorjahr. Der Rückgang des Personenverkehrs trat in den Herbstmonaten in Folge des Ausbruchs der Cholera ein; die Verwaltung hat also keinen Grund, anzunehmen, daß der Personenverkehr, falls nicht andere außergewöhnliche Ereignisse eintreten, dauernd zurückbleiben werde. Der Rückgang des Güterverkehrs im Jahre 1892/93, der in dem geringen Kohlenversand seinen prägnantesten Ausdruck findet, wird auf das allgemeine Niederniedrige des Handels und der Industrie zurückgeführt. Eine Befreiung hat aber schon im Oktober angefangen. Der Kohlenversand aus dem Ruhrgebiet sowohl wie aus dem oberschlesischen Kohlenbezirk hat im November v. J. eine bis dahin noch nicht erreichte Höhe gehabt. Ein Schluß auf dauernde Zunahme soll daraus nicht gezogen werden. Gleichwohl aber ist nach Ansicht der Verwaltung bei gleichbleibendem oder selbst bei sinkendem Verkehr eine stärkere Anspruchnahme der Betriebsmittel im Falle ungünstiger Witterungsverhältnisse nicht ausgeschlossen. Demnach ist eine weitere Vermehrung der Betriebsmittel nicht zu umgehen. Die jetzt beantragte Beschaffung von 100 Locomotiven, 400 Personenzugwagen und 2000 Gepäck- und Güterwagen eingerechnet, würde sich am Ende des Betriebsjahrs 1893/94 die Zahl der Locomotiven auf 10 634, der Personenzugwagen auf 17 693, der Gepäck- und Güterwagen auf 212 959 belaufen. Der Bestand würde gegen den 1. April 1885 im Verhältnis zu der Zunahme der Leistungen der Betriebsmittel bei den Locomotiven noch um 17,1 Proc., bei den Personenzugwagen um 18,6 Proc., bei den Gepäck- und Güterwagen um 6,5 Proc. zurückbleiben. Dem eventuellen plötzlich auftretenden Bedürfnis ist bei den Locomotiven durch Besetzung einer Anzahl derselben mit doppeltem Personal vorbeugt. Bezuglich der Personenzugwagen ist auch für die Zukunft die aushilfsweise Verwendung mit Sitzbänken ausgerüsteter Güterwagen (namentlich für Truppenbeförderung) vorgesehen. Für diesen Zweck sind 1138 besonders eingerichtete Wagen vorhanden, mit Plattformen an den Stirnseiten und bequemem Aufstieg, die im Sommer mit Sitzbänken, Fenstern und Beleuchtungs-Einrichtungen aushilfsweise herangezogen werden können. Bei den Güterwagen legt die Begründung besonderem Nachdruck auf die Erhöhung des Ladegewichts von 10 auf 12,5 und neuerdings auf 15 Tonnen. Freilich läßt bisher die Ausnutzung des Ladegewichts noch zu wünschen, auf welche hinzuwirken die Verwaltung bemüht ist. Gleichwohl ist eine Vermehrung der Güterwagen erforderlich, nachdem gerade das Jahr 1892 gezeigt hat, wie trog des Rückganges des Güterverkehrs

im ganzen zeitweilig ein Verkehrszudrang von ganz ungewöhnlicher Höhe eintreten kann.

Über die Vertheilung der neuen Betriebsmittel auf die einzelnen Directionsbezirke und über die Art der Beschaffung derselben enthält die Begründung nichts. Es wird nur darauf hingewiesen, daß der im Jahre 1892 bestandene Grund für die Beschränkung der Bestellungen — die starke Belastung der Fabriken — inzwischen fortgesunken ist.

Die Collision zwischen Steuerreform und Militärvorlage.

Das Abgeordnetenhaus wird in den nächsten Tagen nach Wiederaufnahme seiner Sitzungen sich an die größte ihm noch obliegende Arbeit, die weitere Verathlung der Steuervorlagen begeben. Abgesehen von der Dissonanz, die durch die beiderseitliche Haltung der Regierung in der Wahlrechtsfrage auch in die damit zusammenhängende Steuerreform gekommen ist, ist die letztere gut in die Wege geleitet und es ist ein Boden hergestellt, auf dem man ohne große Schwierigkeiten eine Vereinbarung wird erwarten dürfen. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß das Abgeordnetenhaus bis Pfingsten mit dieser Arbeit fertig wird, und auch im Herrenhause wird man keinen sonderlichen Widerstand zu erwarten brauchen. Eine Störung und Hemmung könnte in die Fortführung der Steuerreform nur dadurch kommen, daß die Verhältnisse im Reich gleichzeitig zur Krisis drängen und die Reichstagsauflösung ausgesprochen würde. Die „Nationalliberale Correspondenz“, das Fraktionsorgan der nationalliberalen Partei, führt hierzu in bemerkenswerther Weise aus:

„In unmittelbarem Zusammenhang steht die preußische Steuerreform freilich nicht mit der Militärvorlage, immerhin aber würde es doch schwer angehen, inmitten einer so gewaltigen Erregung im Reich, in Preußen ruhig an großen gelehgeberischen Aufgaben fortzuarbeiten. Dann würde doch wohl der Gedanke einer Vertagung der Steuerreform bis über neue Reichstagswahlen hinaus in Frage kommen, was freilich die Vollendung der Arbeit bis hart an den Ablauf der Legislaturperiode hinauszchieben würde. Indessen haben augenscheinlich in den letzten Wochen die Aussichten, daß eine Reichstagsauflösung vermieden werden kann, wieder zugenommen. Vielleicht wird eben auch die Rücksicht auf die preußische Steuerreform die Reichsregierung veranlassen, das Thrigre zur Vermeidung einer solchen Wendung zu thun, und so wird man sich der Hoffnung hingeben dürfen, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit und ohne sonderliche Reibungen das große Werk der Steuerreform in Preußen zur Durchführung kommt und damit eine der wichtigsten und schöpfsreichsten Legislaturperioden würdig abgeschlossen wird.“ — Es ist nicht ganz klar, was die „Nat.-lib. Corr.“ mit den obigen im Druck hervorgehobenen Sätzen sagen will. Wie es scheint, ist die Verlagerung der Militärvorlage bis zum Herbst gemeint, von der ja ohnehin in den letzten Tagen wieder mehrfach die Rede gewesen ist.

Die neue Wirtschafts- und die alte Schutzzollpartei.

Die Begründung einer neuen Wirtschaftspartei, zu deren Bildung gegenwärtig durch einen Aufruf aufgerufen wird, würde im wesentlichen auf nichts anderes als eine Wiederbelebung der alten Schutzzollpartei hinauskommen, welche sich vor 15 Jahren aus einer Coalition industrieller und landwirtschaftlicher Schutzzollinteressen entwickelt hatte. Iwar sollen nach dem neuen Programm auch die Interessen des Handwerks und Kleinhandwerks gebührend berücksichtigt werden, aber die Fragen der inneren Gewerbepolitik treten in dem Aufruf doch weit hinter den Fragen der Handelspolitik gegen das Ausland zurück; die Frage des Zollschutzes für landwirtschaftliche und industrielle Erzeugnisse steht weit aus im Vordergrunde. Die Thatfrage, daß ein solcher Versuch zur erneuten Vereinigung aller Schutzzollinteressen nötig geworden ist, liefert den besten Beweis dafür, daß die alte Coalition in die Brüche gegangen ist, und dies ist nur die natürliche Folge der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Entwicklung während der letzten anderthalb Jahrzehnte. Die ansangs so viel gepräsene Einigkeit zwischen den schutzzöllnerischen Interessen der Industrie und der Landwirtschaft hat sich längst gelöst, seitdem die Agrarier immer mehr die Oberhand in der deutschen Zollpolitik gewannen. Gingen die industriellen und die landwirtschaftlichen Schutzzölle bei der zweiten Revision des Zolltarifs im Jahre 1885 noch Hand in Hand, so trennte sich doch von diesem Bunde ein ansehnlicher Theil der Industriellen bereits 1887, als die Agrarier einseitig eine erneute Zoll erhöhung für Getreide durchsetzten. Vollends die Begründung des „Bundes der Landwirthe“ und die damit verbundene Agitation muß in den schutzzöllnerischen Industriellen die Befürchtung erwecken, daß sie von diesen Interessengruppen vollständig überflügelt werden. Aber auch in den Reihen der Industriellen selbst ist angesichts der immer größeren Ausdehnung unserer Exportindustrien wieder vielfach die Einsicht zur Geltung gekommen, daß die bis zum vorigen Jahre verfolgte Absperrungspolitik der deutschen Gewerbehaftigkeit nur zum Schaden gereichen kann, und endlich haben Reichsregierung und Reichsgegendung aufs neue die Politik der Handelsverträge mit Conventionaltarifen eingeschlagen.

Der alte schutzzöllnerisch-agrarischen Coalition ist damit der Boden entzogen und auch die neu zu bildende Wirtschaftspartei wird diesen Boden

nicht wieder schaffen können. Das entschiedene und fast einmütige Vorgehen der deutschen Handelskammer gegen die agrarischen Bestrebungen, welche jeden deutsch-russischen Handelsvertrag zu Fall bringen wollen, läßt keinen Zweifel darüber, daß die deutsche Gewerbehaftigkeit in ihrer großen Mehrheit nicht aufs neue einem System zollpolitischer Absperrung unterworfen sein will.

Graf Brühl.

Mit dem Grafen Brühl (dessen Tod in unserer heutigen Morgen-Ausgabe telegraphisch gemeldet ist) ist das lebte der drei Herrenhausmitglieder aus dem Leben geschieden, welche man einst als die typischen Vertreter der schlimmsten Reaction in Preußen anzusehen gewohnt war. Baron Senfft v. Pilsach und v. Aleist-Rehov waren Gesinnungsgenossen des Grafen Brühl. Viele ihrer drastischen Aussprüche sind geflügelte Worte geworden, wie die folgenden: „Ärämer, Juden und Postschreiber.“ „Ich habe noch nie eine verhungerte Lehrerwirtwte gesehen.“

Aleist-Rehov söhnte sich einigermaßen mit der neuen Ordnung der Dinge aus, als sein Freund Bismarck sich den Idealen seiner Jugend wieder zuwandte und mit den Conservativen Frieden schloß. Aleist ließ sich sogar auf Grund des demokratischen Wahlrechts in den Reichstag wählen. Auch Brühl, welcher der katholischen Confession angehörte, sah wieder einiges Vertrauen zu der Regierung, als diese dem Culturkampfe ein Ende mache. Nur Senfft v. Pilsach blieb unversöhnlich. Allen drei Männern aber muß man, wenn man auch ihren politischen Standpunkt als mit dem modernen Staatsgedanken unverträglich verurtheilt, nachrühmen, daß sie einen steifen Nacken hatten und jederzeit mannhaft für ihre Ueberzeugung eingetreten sind.

Die kommunalen Schlachthäuser.

Der Communalabgabengesetzentwurf enthält, wie wir bereits mittheilten, auch in der Fassung, welche ihm die Commission des Abgeordnetenhauses gegeben hat, die Bestimmung, daß die Gemeinden berechtigt sind, für die Schlachthausbenutzung Gebühren zu erheben, und zwar können die letzteren so bemessen werden, daß die Kosten der Unterhaltung der Anlage und des Betriebes, sowie ein Betrag von 8 Proc. des Anlagekapitals und der etwa gezahlten Entschädigungssumme gedeckt werden. Wenn diese Bestimmung Geiß überwunden sollte, so wird sie nicht verfehlten, auf die Anlage von Schlachthäusern seitens der Gemeinden fördernd zu wirken. In Preußen ist auch die Zahl der Schlachthäuser verhältnismäßig lange nicht so groß, wie etwa in Süddeutschland. Iwar giebt es keine neuere zuverlässige Zusammensetzung der Schlachthäuser Preußens. Ende März 1891 aber bestanden deren nur 190. Seitdem werden jedenfalls noch einige neue Schlachthäuser errichtet worden sein, deren Zahl dürfte aber keine allzu beträchtliche sein. Wenn man bedenkt, daß in Baden beispielsweise 50 Schlachthäuser vorhanden sind, in denen theils völiger Schlachthrzow, theils ein solcher von Großvieh besteht, so wird man wohl nicht mit Unrecht behaupten können, daß die Errichtung der für die gesamte Bevölkerung nicht minder wie für das Fleischergewerbe mit großen Vorzügen versehenen Schlachthäuser in Preußen eine Anregung wohl verdient. Durch die erwähnte Bestimmung des Communalabgabengesetzes würde eine solche unweিশafte ertheilt werden.

Franz Josef und die Ungarn.

Der Uebereifer der magyarischen Nationalen, die zuletzt noch die Ernennung Koistus zum Ehrenbürger von Pest fertig brachten, haben, wie bekannt, den Kaiser so sehr verdrossen, daß er seit fünf Monaten Ungarn nicht mehr betreten hat. Der „P. Lloyd“ sprach Ostern diese Angelegenheit und rüttete eine Aufforderung an die Nation, eine Versöhnung mit dem Monarchen zu bewirken. Alle oppositionellen Blätter antworten darauf mit dem Gemisch von Ergebensheitsphrasen und Freiheits-Traditionen, in dem die Magyaren Meister sind. Es sei verwerthlich, Zweifel an der Treue des ungarischen Volkes gegen die Dynastie zu wecken, nie aber werde das Land darauf verzichten, seine freiheitlichen Ueberlieferungen zum Ausdruck zu bringen. Wie verlautet, soll das Ministerium an den Kaiser die Bitte richten, nach Ungarn zu kommen, und falls dies verweigert werde, zurücktreten wollen.

Die Gründung der serbischen Skupsktina hat gestern stattgefunden. In der gestrigen ersten Sitzung waren sämmtliche Abgeordnete und Minister anwesend. Die liberalen Deputirten wählten unter lebhaften Widersprüchen der Radikalen den Unterrichtsminister Georgević zum Alterspräsidenten. Als derselbe die Auslösung in die Sectionen vornehmen lassen wollte, verlangten die Radikalen unter großer Unruhe zunächst die Auszählung des Hauses unter Namensaufruf, um den Nachweis der Stimmengleichheit mit den Liberalen zu erbringen. Hierbei erschienen auch die im Rubniker Kreise gewählten Deputirten im Saale, wogegen der Minister des Innern energisch protestierte. Nach heftigen Debatten verließen die Radikalen unter Führung von Pasitsch und Cava Gruitsch in corpore den Sitzungssaal. Hierauf erklärten Garaschanin und Navaković namens der Fortschrittspartei, die Skupsktina sei nicht beschlußfähig, da weniger als 68 Mitglieder anwesend wären, und verließen ebenfalls den Saal. Der Minister des Innern bezeichnete es als eine Pflicht der im Saale zurückgebliebenen, Verfaßung und Gesetzmäßigkeit der Justiz auch unter den schwierigsten Ver-

hältnissen hochzuhalten; nach dem Wortlaut des Gesetzes und der Geschäftsordnung sei die Versammlung beschlußfähig. (Beifall.) Nunmehr wurden die Sectionen ausgelost und der Verfassungsausschuss gewählt, worauf die weitere Sitzung ohne Störung verließ.

Wie verlautet, wird die Regierung der Skupsktina vorschlagen, die Mandate der Radikalen und der Fortschrittspartei für ungültig zu erklären und Nachwahlen stattfinden zu lassen, da die Regierung hierbei die Majorität zu erlangen hofft. In der Stadt herrscht vollkommen Ruhe.

Aufstand der Dockarbeiter in Hull.

In Hull herrscht in Folge eines Aufstands der Dockarbeiter, welcher durch die Weigerung der Rheder, nur unionistische Arbeiter anzustellen, hervorgerufen ist, große Erregtheit. Die Rheder ließen gestern nichtunionistische Arbeiter aus London kommen, welche die Streikenden aber auf jede Weise an der Arbeit zu hindern suchten; ebenso hielt der Agitator Tillett aufreizende Reden, an mehreren Stellen kam es zu Thällenheiten. In Folge dessen sind zwei Schwadronen Cavallerie aus der Stadt York herbeieordert worden.

Zum Aufstand in Rio Grande do Sul telegraphiert der Correspondent des „Herald“ in Pelotas: Die Revolutionäre in der Provinz Rio Grande do Sul haben die nationalen Truppen, welche von Rio de Janeiro zum Beistand der Truppen unter General Castilho gesandt worden, gänzlich geschlagen. Der Verlust auf beiden Seiten wird auf 600 Tote geschätzt.

Die Lage in Chile.

Nach einem in London eingegangenen Telegramm aus Iquique von gestern ist die Schilderung der Lage daselbst eine stark übertriebene. Das Gerücht von der Proklamation des Belagerungszustandes in Santiago sei gänzlich unbegründet.

Deutschland.

* Berlin, 6. April. [Zur Romreise des Kaisers.] Bei seiner Anwesenheit in Rom wird der Kaiser mit zwanzig Personen seines Gefolges die königlichen Gemächer im Quirinal an der Ecke der Straße Venti Settembre, die Kaiserin mit sechs Damen ihres Gefolges die daran anstoßenden Räume bewohnen. Das übrige Gefolge wird im Albergo Bristol, wo sich auch der Großfürst Vladimir aufsteigt, und im Albergo Reale untergebracht werden. Der Herzog von York wird in der englischen Botschaft, der Erzherzog Rainer im Albergo Quirinal, die Königin Maria Pia und der Herzog von Oporto im Palazzo della Consulta, der belgische General Pittem im Albergo Bristol wohnen. Die Ankunft des deutschen Kaiserpaars in Rom erfolgt am 20. April um 12 Uhr 50 Minuten, der König, die Königin und die sämmtlichen Prinzen und Prinzessinnen mit großem Gefolge werden sich zum Empfang auf dem Bahnhofe einfinden. Eine militärische Abordnung des Königs wird dem Kaiserpaar bis Chiavierei entgegenreisen.

* Der „Bund der Landwirthe“ hat auch in Schmal kalden eine Niederlage erlitten. Herr Hauptmann a. D. Pfannstiel-Wiedebrunn und der Vorsitzende des landwirtschaftlichen Kreisvereins, Gutspächter Günther referierten und beurteilten, daß der Bund sich von der Politik fernhalte, was sie aber nicht hinderte, Wahlpolitik zu treiben und gegen den Reichstagsabgeordneten Willich zu polemistieren. Der Erfolg war aber nach dem „Thür. Hs.“ der, daß sich nach der Aufforderung, in den Bund einzutreten, in die umhergereichte Liste niemand einzuschneite.

* In dem Wahlkreise Teltow-Beeskow wird für eventuelle Reichstagswahl der Führer der unabhängigen Socialisten, Werner, als Kandidat aufgestellt werden. Es ist dies der erste Reichstagskandidat der unabhängigen Socialisten. Werner war im Jahre 1890 in demselben Wahlkreise socialdemokratischer Kandidat, als welcher er in der Stichwahl gegen den Prinzen Handjery unterlag.

Potsdam, 5. April. Vor kurzem meldete die „Post“, dem Erzieher der kaiserlichen Prinzen, Kandidat des Predigt-Amtes Aehlert, wäre die amtlische Nachfolge des bisherigen Divisionspfarrers D. v. Hase in Potsdam übertragen worden. „Den Religions-Unterricht der drei ältesten Prinzen behielte er indessen bis zu deren Einsetzung weiter.“ Die obige Meldung ist, der „Auszug“, zufolge, irrig; mit der formellen Dertretung des zunächst beurlaubten Divisionspfarrers und Hofsprechers D. v. Hase ist der Hofsprecher D. Rogge in Potsdam betraut; dem Predigt-Amtes-Kandidaten Aehlert soll dagegen in nächster Zeit gestattet werden, vier Predigten in der dortigen Garnisonkirche zu halten. Selbstverständlich wird derselbe nach wie vor den Religions-Unterricht der kaiserlichen Prinzen förführen.

Breslau, 6. April. Der Erzbischof Dr. v. Stablewski ist zur Beglückwünschung des Cardinals, Fürstbischof Dr. Kopp hier eingetroffen.

Bonn, 6. April. Die Kaiserin Friederich ist heute Nachmittag zu mehrjährigem Besuch bei dem Prinzen und der Prinzessin Adolf von Schaumburg-Lippe hier eingetroffen.

Italien.

Rom, 6. April. Die Einnahmen des Staatshauses in den 9 ersten Monaten des Finanzjahrs 1892/93 überstiegen diejenigen der gleichen Periode im Jahre 1891/92 um 22^{1/10} Millionen.

Spanien.

* [Protestversammlung im Schützenhause.] Anknüpfend an unseren kurzen Vorbericht in der heutigen Morgen-Ausgabe geben wir über die Verhandlungen und den Verlauf der gestrigen, aus der Stadt sehr zahlreich, aber auch aus den ländlichen Kreisen besuchten Versammlung nachstehend eine eingehendere Skizze:

Im Auftrage der Einberufer eröffnete hr. Damme die Versammlung mit einer kurzen Ansprache. Die durch die hohen Schuhzölle für unsere Stadt geschaffene Krise habe seit dem 1. Februar 1892 eine wesentliche Verschärfung dadurch erfahren, daß mit dem Abschluß der Handelsverträge mit Österreich ic. für den Verkehr aus Ruhland die Differentialzölle in Kraft getreten seien. Man mußte sich aber darin fügen und die Hoffnung hegeln, daß es nur ein Übergangsstadium sein und auch mit Ruhland ein freundschaftliches Verhältnis angebahnt werden würde. Die Regierung habe diese Erwartung erfüllt und sie bemühe sich, den wirtschaftspolitischen Frieden auch mit Ruhland herbeizuführen. Unbegreiflicher Weise habe auch in unserer Provinz sich hiergegen eine lebhafte Agitation erhoben, welche diesen Frieden nicht wolle und verlange, daß das Vaterland im Zollkrieg bleibe. Ebenso wolle man das gesunde System unserer Goldwährung durchbrechen und die für alle Zweige des wirtschaftlichen Lebens verhängnisvolle Doppelwährung einführen. Gegen diese Bestrebungen müsse man aufs lebhafteste protestieren, deshalb sei die heutige Versammlung als eine „Protest-Versammlung“ bezeichnet worden. Ihr Zweck sei es, einen solchen Protest einzulegen im Interesse nicht nur unserer Stadt sondern auch unserer Provinz, ja des gesammten Vaterlandes. Redner begrüßt nun die Versammlung, übernimmt auf ihren Wunsch den Vorsitz und beruft mit ihrer Zustimmung die Herren Landschafts-Director Albrecht-Suemlin und Geh. Commerzienrat Gibson von Danzig zu Beisitzern.

Als Referent für den ersten Gegenstand der Tagesordnung (die Agitation gegen den deutsch-russischen Handels-Vertrag) erhält dann zunächst Herr Otto Münsterberg das Wort. Der Umschwung, den die gewaltige Entwicklung der Technik auf allen Gebieten des Verkehrs, im Eisenbahnwesen, im Dampfschiffbau und dem der Telegraphie, besonders seit dem Beginn der sechziger Jahre im Welthandel wirkte, hat dem Westen Deutschlands, zumal den Handels-Emporien Hamburg u. Bremen zu ungeahnter Bedeutung verholfen; dem Handel der Ostseeprovinzen dagegen hat diese Entwicklung zunächst schwere Schädigung gebracht und es hat lange Jahre bedurft, um diese Schwierigkeiten einigermaßen zu überwinden. Danzig, an der Mündung des großen Stromgebietes der Weichsel gelegen, war durch Jahrhunderte der natürliche Stapelplatz für den Handel mit seinem an Naturprodukten vornehmlich Getreide und Holz, reichen Hinterlande, Polen und Ruhland. Der Ausbau der Eisenbahnen hat diese natürliche Stellung bedeutend verändert. Die russischen Bahnen entzogen Danzig einen Theil seines Exports, indem große Getreidemengen, die früher hierher kamen, nach den russischen Häfen Libau und Odessa gingen. In seinem Import nach Ruhland wurde es schwer beeinträchtigt, als auch der Ausbau des mittel-europäischen Eisenbahnnetzes eine Ablenkung des Verkehrs nach Ruhland auf andere Häfen ermöglichte. Es mag folgende Ziffern als Beispiel dienen: 1882 hatte Danzig eine Getreidezufuhr von 361 000 Tonnen, 1876 nur noch von 163 000 Tonnen Getreide. Von jener in ihren Handelsbeziehungen auf den Verkehr mit Ruhland und Polen angewiesen, mußten die Ostmarken des deutschen Reiches jede Beeinträchtigung dieses Verkehrs schwer empfinden. Und so hat Danzig im Interesse freien internationalen Gütertauschs mit in erster Linie gestanden, als es galt 1878/79 die Maßregeln zu bekämpfen, durch die Deutschland von einer gemäßigten Freihandelspolitik zu einer radicalen Schuhzollpolitik überging, so mußte es heute seine Stimme erheben, wo es gilt, gegen eine Agitation Stellung zu nehmen, die einen Handelsvertrag mit Ruhland auf das schärfste bekämpft. Bevor wir in dessen zu dieser Frage selbst übergehen, ist es nothwendig, einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung der Zollpolitik Deutschlands seit 1878 zu werfen. Es ist Ihnen bekannt, wie der Brief des Reichskanzlers Fürsten v. Bismarck vom 15. Dezember 1878 an den Bundesrat den Umschwung der Anschauungen der Reichsregierung darlegt. Zur Entlastung des Volkes von direkten Steuern sei es notwendig, die indirekten Steuern stärker heranzuziehen und möglichst viele Einfuhrgegenstände einem Zolle zu unterwerfen. Dadurch sollte sowohl eine Vermehrung der Einnahmen des Reichs, wie auch ein Schub der nationalen Arbeit erzielt werden, während der Fürst der Meinung war, die geringe Vertheuerung würde den Consumen nur wenig fühlbar sein. In Folge dieser Aushebung begann damals jener Kampf der vereinigten Interessen der Landwirtschaft und der Industrie, der in einer nahmhaften Erhöhung der bestehenden, der Einführung vieler neuer Zollsätze endete. Die Landwirthe erklärten sich bereit, zu der Vertheuerung der landwirtschaftlichen Maschinen durch Erhöhung der Eisenzölle mitzuwirken, während die Industrie unbedenklich der arbeitenden Bevölkerung das Brod vertheuerte. So wurde 1879 Weizen und Roggen mit einem Zolle von 10 Mk. belegt, der dann 1885 auf 30 Mk., 1887 sogar auf 50 Mk. erhöht wurde. Rundholz 1879 mit einem Zolle von 60 Pf. für den Kubikmeter belastet, erfuhr 1885 eine Verdopplung auf 120 Mk. Mit dem Jahre 1887 war allerdings die Hochfluth dieser Bewegung erreicht. Seit diesem Jahre hat das Zolltarifgesetz wesentliche Änderungen nicht mehr erfahren. Der Glaube an die Segnungen des Zollschubes für die nationale Produktion schien die ganze Welt erfaßt zu haben. Ein Staat nach dem anderen umgab sein Land mit einer möglichst hohen Zollmauer; nur Großbritannien hielt an seinem bewährten Freihandel fest. Es war das einzige Land, das es für das Hauptziel einer richtigen Handelspolitik hielt, und bis auf den heutigen Tag gehalten hat, seine Bevölkerung vor allem nicht der Wohlthat billiger Nahrungsmittel zu berauben, während bei uns ungünstige Ernten zusammen mit dem gewaltigen Getreidezoll 1891 Brodpreise herbeiführten, wie sie seit Jahrzehnten nicht gekannt waren. Der deutsche Zoll auf so bedeutende russische Produkte, wie Getreide und Holz — ich befürchte mich auf diese Beispiele, den Ostseehandel am meisten berührenden Artikel — konnte in Ruhland die vorhandene Schuhzollneigung nur verstärken. 1881 erfolgte zunächst eine allgemeine Steigerung aller Zölle um 10 Proc. und im August 1882, während eines ungewöhnlich lebhaften Getreideexports, erfolgte wie über Nacht das Verbot, die Säcke, in denen russisches Getreide über die Grenze kam, zollfrei wieder zurückzubringen; vielmehr unterlagen solche Säcke einem Zolle von 2 Rubeln per Kub. Es war dies eine Maßregel, die dem Handel des Osteas direct Schaden bereiten sollte und diese Absicht wurde in der That auch in vollem Maße erreicht. Getreide konnte seitdem nur in loser Schüttung Ruhland verlassen und die großen Verluste durch Fehlmengen, die Erschwerungen bei der Umladung haben Jahre lang schwere Verluste im Gefolge gehabt. Weit tiefer einschneidend in den Verkehr Danzigs waren aber die Zölle, die 1881 zum ersten Male auf die bis dahin zollfreien Artikel: Eisen und rohe Baumwolle, gelegt wurden. Es betrug der Zoll für Roheisen, z. B. 1881 2 Mk., 1882 2,25 Mk., 1887 2,75 Mk., 1891 3,25 Mk. für den Centner von 50 Kilo. Für rohe Baumwolle 1881 2,50 Mk. dergl. 1887 5,50 Mk. über die sogenannte nasse Grenze, 6,30 Mk. über die trockene Grenze, 1891 6,50 Mk. bzw. 7,30 Mk. Es wurde durch die leichteren Bestimmungen auf direkte Einfuhr in die Häfen Ruhlands — anstatt über den Landweg — eine besondere Prämie gesetzt. Der Einstufung dieser Zölle auf unseren Handel gehabt haben, ergeben folgende Zahlen:

Es betrug die Einfuhr Danzigs nach Ruhland von Eisen aller Art. 1884: 687 000 M.-Tr.

1891: 83 000 M.-Tr.
von roher Baumwolle 1887: 169 000
1889: 743

Mit anderen Worten, ein blühender Zweig des Spezieditionshandels, der Hunderte von Arbeitern gut genährt hatte, war vernichtet und er hat sich von diesem Schlag bis heute nicht wieder erholen können. Zu diesen zollpolitischen Maßnahmen kam dann noch die Gerechtigkeit, die 1885 das Vorgehen der deutschen Regierung mit Ausweitung russischer und österreichischer Unterthanen zur Folge hatte; seitdem ist, wie bekannt, Ruhland mit noch schärferen Maßregeln gegen Deutsche gesetzt, so daß in den letzten Jahren auch die politischen Beziehungen der Bevölkerungen dieser mächtigen Nachbarreiche schwer gelitten haben. In einer Richtung aber war es wenigstens gelungen, die schwersten Nachtheile der Zollregelung für Getreide und Holz abzuwehren. Es wurden in das Zolltarifgesetz Bestimmungen aufgenommen, die für Getreide und Holz sogenannte gemischte Transitläger schufen, in denen die Ein- und Ausfuhr beider Artikel unter Aufsicht vereideter Aornwerfer und Holzcapitäne ohne lästige zollamtliche Kontrolle erfolgen konnte. Auch ist hierbei anzuerkennen, in wie sachgemäßer Weise die Zollbehörden, soweit ihre Befugnisse es ermöglichen, dem Handel entgegenkamen. Es konnte auf diese Weise wenigstens ein Theil des Exportgeschäfts erhalten werden. In einer Beziehung aber blieben die Bemühungen der Kaufmannschaft vergeblich bis auf den heutigen Tag, in der Herbeiführung der Aufhebung des sogenannten „Identitätsnachweises“. Es hat damit folgende Bewandtniß: Bekanntlich sind die Provinzen West- und Ostpreußen reich an sehr schönen Getreide, Weizen und Roggen. Von jener war es die besondere Sorge des Danziger Getreidehändels, die vielfach leichtere, geringerwertige Waare Ruhlands mit der seinen einheimischen so zu vermissen, daß in Farbe, Gemüth und Qualität diejenigen Sorten erzeugt werden konnten, die in England, Frankreich, Dänemark, Holland u. s. w. als „Danziger Mischung“ sich eines hervorragenden Erfolgs erfreuten und den Rückgrat des Getreidehandels bildeten. Von diesen Mischungen hatten die Landwirthe der Provinz den großen Vorteil, ihre eigenen Getreidearten im Verhältnis hoch bezahlt zu erhalten. Dieser hohe Preis konnte geahnt werden, weil durch das seinige einheimische Gewächs oft die russische, polnische leichtere Waare überhaupt erst verwendbar wurde. Diese ungehinderte Mischung mußte mit dem Tage der Einführung eines Getreidezolles erschwert werden. So lange aber dieser Zoll nur 10 Mk. für die Tonne betrug, war es dem Getreidehandel, wenn auch unter Opfern, möglich, die frühere Gesplogenheit aufrecht zu halten und dem Danziger Getreide noch einen bedeutenden Abfall zu sichern, als Amerika, Indien und Australien mit den Produkten ihres jungfräulichen Bodens Europa förmlich überschwemmten. Die Möglichkeit dieser Mischung hörte aber an dem Tage auf, als der Zoll 1885 auf 30, 1887 auf 50 Mk. erhöht wurde. Sollte der Schuhzoll seine Ausgabe erfüllen, das einheimische Getreide und den Preis des Zolles für das ausländische Getreide teurer zu machen, so mußte die Sache sich so stellen, daß z. B. russischer Weizen, ohne Zoll 200 Mark, deutscher Weizen 200 + 50 Mk. Zoll = 250 Mk. kostete. Es war mit Sicherheit die russische Waare ganz oder annähernd so teuer, als wenn die russische Waare verzollt worden wäre. Da der Getreidepreis im Handel mit England oder anderen Ländern durch den Weltmarktpreis bestimmt wird, so ist es ganz klar, daß ein Engländer nicht einen Preis von 250 Mark anlegen wird, wenn er gleich gute Waare von Amerika oder Indien für 200 Mk. täglich kaufen kann. So begann denn 1885 die energische Agitation der Ostseeplätze für Aufhebung des Identitäts-Nachweises. Wie sehr die Landwirtschaft dieser Provinz die Bedeutung dieser Maßregel zu schätzen wußte, beweist der Umstand, daß 1887 und 1890 das hiesige Vorsteheramt der Kaufmannschaft gemeinsam und im vollen Einverständniß mit dem Centralverein westpreußischer Landwirthe für die Aufhebung des Identitäts-Nachweises Petitionen eingebracht haben. 1891: 83 000 M.-Tr.
von roher Baumwolle 1887: 169 000
1889: 743

Jene Zölle, wie sie in den Tarifen der Handelsverträge festgelegt sind, gelten aber nur für die Länder, mit denen die Verträge geschlossen worden sind. Es bestehen zur Zeit also zwei gesetzliche Zolltarife: der eine ältere, wie er in den Zolltarifgesetzen von 1879—bis 1887 festgestellt ist, der andere vertragsgemäß seit 1891. Mit anderen Worten: Die Zölle für die Einfuhr in das deutsche Reich sind seit 1891 nicht mehr ausschließlich an die Art der Waare gebunden, also nicht ganz allgemein für Getreide, Holz, gütig, sondern sie sind in verschiedener Höhe anwendbar je nach dem Ursprung, d. h. Getreide aus Österreich zahlt 35, aus Ruhland 50 Mk., also 15 Mk. mehr; kieferne Balken aus Österreich zahlt 180, aus Ruhland 240 Mk. Zoll über 0,60 Mk. für den Kubikmeter mehr. Es ist also eine Differenz in den Zöllen vorhanden, daher werden solche nach dem Ursprungslande verschiedenen festgestellte Zollsätze Differentialzölle genannt. Es wird sich nun zunächst fragen, sind solche Differentialzölle etwas Normales, auch sonst Vorhandenes. Der § 6 des Zolltarifgesetzes von 1885 bestimmt ausdrücklich, daß „Waaren, die aus Ländern kommen, die deutsche Schiffe und Waaren ungünstiger behandeln, als andere, mit einem um 50 Proc. höheren Zoll“ belegt werden können. Zu einer derartigen Repressivmaßregel liegt eine Veranlassung nicht vor. Denn wenn auch Ruhland für seine „nasse“ Grenze zum Theil niedere Zölle hat als für die Einfuhr über die „trockene“, so ist das kein Differentialzoll im eigentlichen Sinne. Es handelt sich nicht um eine ungünstigere Behandlung der Produkte eines einzelnen Volkes, sondern um eine Bestimmung, die lediglich geographisch zu verstehen ist. Es ist deutsche Waare beim Eingang über die „nasse“ Grenze ebenfalls billiger zugelassen wie andererorts etwa überseeische Baumwolle teureren Zoll zu zahlen hat, wenn sie über den Eisenbahnen nach Ruhland eingeht. Die sonst in Deutschland bestehenden Differentialzölle für Chokolade, Speiseöl und Korkwaren sind so unbedeutender Art, daß sie hier nicht in Rechnung zu ziehen sind. Es behält also jener Differentialzoll gegenüber Ruhland zweifellos den Charakter eines Kampfzolles, gegen den wir uns zu wehren haben mit allen Kräften. Daß solch Differentialzoll auch zu Ungunsten des eigenen Landes wirken kann, geht aus der Thatsache hervor, daß der Holzhandel Danzigs freiwillig auf die Wohlthat des billigeren Zolls für österreichische Holzer verzichtet hat, weil es meist unmöglich ist, die berechtigte Forderung trennbar Lagerung russischer und österreichischer Holzer durchzuführen. Seit 15 Jahren sind wir West- und Ostpreußen die Aschenbrödel der deutschen Handelspolitik, haben stets zurückgestanden müssen gegen unsere bevorzugten industriellen westlichen Landstädte; jetzt aber ist es an der Zeit, unzweideutig zum Ausdruck zu bringen, daß wir den Frieden mit unserem Nachbarn in Politik und Handel bringend verlangen. Es ist bekannt, daß zwischen der deutschen Regierung und Ruhland Verhandlungen wegen eines Handelsvertrages schwelen, und es hat den Anschein, daß auf beiden Seiten der ersten Mischung nichts für das Getreide für das Zollamt zu sichern, als Amerika, Indien und Australien mit den Produkten ihres jungfräulichen Bodens Europa förmlich überschwemmten. Die Möglichkeit dieser Mischung hörte aber an dem Tage auf, als der Zoll 1885 auf 30, 1887 auf 50 Mk. erhöht wurde. Sollte der Schuhzoll seine Ausgabe erfüllen, das einheimische Getreide und den Preis des Zolles für das ausländische Getreide teurer zu machen, so mußte die Sache sich so stellen, daß z. B. russischer Weizen, ohne Zoll 200 Mark, deutscher Weizen 200 + 50 Mk. Zoll = 250 Mark kostete. Es war mit Sicherheit die russische Waare ganz oder annähernd so teuer, als wenn die russische Waare verzollt worden wäre. Da der Getreidepreis im Handel mit England oder anderen Ländern durch den Weltmarktpreis bestimmt wird, so ist es ganz klar, daß ein Engländer nicht einen Preis von 250 Mark anlegen wird, wenn er gleich gute Waare von Amerika oder Indien für 200 Mk. täglich kaufen kann. So begann denn 1885 die energische Agitation der Ostseeplätze für Aufhebung des Identitäts-Nachweises. Wie sehr die Landwirtschaft dieser Provinz die Bedeutung dieser Maßregel zu schätzen wußte, beweist der Umstand, daß 1887 und 1890 das hiesige Vorsteheramt der Kaufmannschaft gemeinsam und im vollen Einverständniß mit dem Centralverein westpreußischer Landwirthe für die Aufhebung des Identitäts-Nachweises Petitionen eingebracht haben. 1891: 83 000 M.-Tr.
von roher Baumwolle 1887: 169 000
1889: 743

Für inländischen Weizen:

1. August 1891: 242 Mk. die Tonne,

14. " 1892: 165 "

6. April 1893: 143 "

es hat also der Preisfall sich auf 99 Mk. in 2 Jahren beklaut.

Für ausländischen Weizen:

1. August 1891: 188 Mk. die Tonne,

14. " 1892: 135 "

6. April 1893: 125 "

mithin um 63 Mk. billiger gegen 1891.

Die Wertdifferenz zwischen inländischem und ausländischem Getreide ergibt somit folgendes Bild:

1891 Inländisches um 54 Mk. teurer, bei einem Zolle von 50 Mk.

1892 " 30 " " bei einem Zolle von 50 Mk.

1893 " 18 " " von 53 Mk.

Es ergiebt sich daraus, daß in den Jahren 1892 und 1893 das Angebot an inländischem Getreide so stark gewesen ist, daß der Schuhzoll nur in geringem Maße zur Geltung kommt.

Es bleibt eben bei der alten Erfahrung, daß Angebot und Nachfrage, Sonnenchein und Regen wichtige Faktoren sind, als der Schuhzoll, und daß der lehtere nur dann voll wirken kann, wenn das Angebot geringer ist, als der Bedarf. Gegen differentialen Behandlung des russischen Getreides spricht aber auch die so wichtige Frage der Ernährung des Volkes. Deutschland kann mit seiner Getreideerzeugung zu Stören, abhänglich geschwungen und sich auf papierne Zustimmungserklärungen befrüchtet haben, ist im Parlamente, vor allem aber in den extremen agrarischen Kreisen, dem „Bunde der Landwirthe“, mit rücksichtsloser Gäßerei eine Agitation gegen den Handelsvertrag mit Ruhland und für Beibehaltung der Differentialzölle aufgetreten, die Arbeit der Reichsregierung zu stören, abhänglich geschwungen und sich auf paperne Zustimmungserklärungen befrüchtet haben, ist im Parlamente, vor allem aber in den extremen agrarischen Kreisen, dem „Bunde der Landwirthe“, mit rücksichtsloser Gäßerei eine Agitation gegen den Handelsvertrag mit Ruhland und für Beibehaltung der Differentialzölle aufgetreten, die Arbeit der Reichsregierung zu stören, abhänglich geschwungen und sich auf paperne Zustimmungserklärungen befrüchtet haben, ist im Parlamente, vor allem aber in den extremen agrarischen Kreisen, dem „Bunde der Landwirthe“, mit rücksichtsloser Gäßerei eine Agitation gegen den Handelsvertrag mit Ruhland und für Beibehaltung der Differentialzölle aufgetreten, die Arbeit der Reichsregierung zu stören, abhänglich geschwungen und sich auf paperne Zustimmungserklärungen befrüchtet haben, ist im Parlamente, vor allem aber in den extremen agrarischen Kreisen, dem „Bunde der Landwirthe“, mit rücksichtsloser Gäßerei eine Agitation gegen den Handelsvertrag mit Ruhland und für Beibehaltung der Differentialzölle aufgetreten, die Arbeit der Reichsregierung zu stören, abhänglich geschwungen und sich auf paperne Zustimmungserklärungen befrüchtet haben, ist im Parlamente, vor allem aber in den extremen agrarischen Kreisen, dem „Bunde der Landwirthe“, mit rücksichtsloser Gäßerei eine Agitation gegen den Handelsvertrag mit Ruhland und für Beibehaltung der Differentialzölle aufgetreten, die Arbeit der Reichsregierung zu stören, abhänglich geschwungen und sich auf paperne Zustimmungserklärungen befrüchtet haben, ist im Parlamente, vor allem aber in den extremen agrarischen Kreisen, dem „Bunde der Landwirthe“, mit rücksichtsloser Gäßerei eine Agitation gegen den Handelsvertrag mit Ruhland und für Beibehaltung der Differentialzölle aufgetreten, die Arbeit der Reichsregierung zu stören, abhänglich geschwungen und sich auf paperne Zustimmungserklärungen befrüchtet haben, ist im Parlamente, vor allem aber in den extremen agrarischen Kreisen, dem „Bunde der Landwirthe“, mit rücksichtsloser Gäßerei eine Agitation gegen den Handelsvertrag mit Ruhland und für Beibehaltung der Differentialzölle aufgetreten, die Arbeit der Reichsregierung zu stören, abhänglich geschwungen und sich auf paperne Zustimmungserklärungen befrüchtet haben, ist im Parlamente, vor allem aber in den extremen agrarischen Kreisen, dem „Bunde der Landwirthe“, mit rücksichtsloser Gäßerei eine Agitation gegen den Handelsvertrag mit Ruhland und für Beibehaltung der Differentialzölle aufgetreten, die Arbeit der Reichsregierung zu stören, abhänglich geschwungen und sich auf paperne Zustimmungserklärungen befrüchtet haben, ist im Parlamente, vor allem aber in den extremen agrarischen Kreisen, dem „Bunde der Landwirthe“, mit rücksichtsloser Gäßerei eine Agitation gegen den Handelsvertrag mit Ruhland und für Beibehaltung der Differentialzölle aufgetreten, die Arbeit der Reichsregierung zu stören, abhänglich geschwungen und sich auf paperne Zustimmungserklärungen befrüchtet haben, ist im Parlamente, vor allem aber in den extremen agrarischen Kreisen, dem „Bunde der Landwirthe“, mit rücksichtsloser Gäßerei eine Agitation gegen den Handelsvertrag mit Ruhland und für Beibehaltung der Differentialzölle aufgetreten, die Arbeit der Reichsregierung zu stören, abhänglich geschwungen und sich auf paperne Zustimmungserklärungen befrüchtet haben, ist im Parlamente, vor allem aber in den extremen agrarischen Kreisen, dem „Bunde der Landwirthe“, mit rücksichtsloser Gäßerei eine Agitation gegen den Handelsvertrag mit Ruhland und für Beibehaltung der Differentialzölle aufgetreten, die Arbeit der Reichsregierung zu stören, abhänglich geschwungen und sich auf paperne Zustimmungserklärungen befrüchtet haben, ist im Parlamente, vor allem aber in den extremen agrarischen Kreisen, dem „Bunde der Landwirthe“, mit rücksichtsloser Gäßerei eine Agitation gegen den Handelsvertrag mit Ruhland und für Beibehaltung der Differentialzölle aufgetreten, die Arbeit der Reichsregierung zu stören, abhänglich geschwungen und sich auf paperne Zustimmungserklärungen befrüchtet haben, ist im Parlamente, vor allem aber in den extremen agrarischen Kreisen, dem „Bunde der Landwirthe“, mit rücksichtsloser Gäßerei eine Agitation gegen den Handelsvertrag mit Ruhland und für Beibehaltung der Differentialzölle aufgetreten, die Arbeit der Reichsregierung zu stören, abhänglich geschwungen und sich auf paperne Zustimmungserklärungen befrüchtet haben, ist im Parlamente, vor allem aber in den extremen agrarischen Kreisen, dem „Bunde der Landwirthe“, mit rücksichtsloser Gäßerei eine Agitation gegen den Handelsvertrag mit Ruhland und für Beibehaltung der Differentialzölle aufgetreten, die Arbeit der Reichsregierung zu stören, abhänglich geschwungen und sich auf paperne Zustimmungserklärungen befrüchtet haben, ist im Parlamente, vor allem aber in den extremen agrarischen Kreisen, dem „Bunde der Landwirthe“, mit rücksichtsloser Gäßerei eine Agitation gegen den Handelsvertrag mit Ruhland und für Beibehaltung der Differentialzölle aufgetreten, die Arbeit der Reichsregierung zu stören, abhäng

würde die Goldwährung bestehen bleiben. Die Herren Landwirthe würden sehr viel mehr Silber in die Hände bekommen und mit diesem ihre Leute, Beamte, Handwerker &c. bezahlen. Für die Beamten würde die Einführung der Goldwährung eine Verminderung ihrer Gehaltsbezüge um 25 Proc. bedeuten. Wenn alle Beamten das bedächten, so würde die Agitation für die Doppelwährung unter ihnen wohl keine Anhänger finden. Anfangs allerdings würde bei kleinen Zahlungen sich die Schwankung nicht so schnell bemerkbar machen, wie im Weltverkehr, aber bald würde auch hier sich die Erkenntnis von der verringerten Kaufkraft des Silbers durch die Erfahrung Bahn brechen und es würden von den Arbeitern bald Erhöhungen der Löhne, von den Handwerkern höhere Preise für ihre Arbeiten verlangt werden müssen, weil das geltende Silbergeld an Wert verloren habe. Die weitgehenden Hoffnungen würden sich dann in kurzer Frist als trügerisch erweisen. Es werde erst recht eine Zeit der Enttäuschung eintreten und eine Verwirrung entstehen, von der sich heute noch keiner ein rechtes Bild zu machen gewagt habe. Wir müssten im Auslande mit gutem Gold bezahlen, das schlechtere Silber, durch die Doppelwährung im Inlande geschützt, bleibe daheim. Nach kurzer Zeit würde man deutsche Goldstücke nur noch in Münzsummungen finden. Er fürchte, wie einst die westpreußischen Landwirthe den Lockungen der rheinisch-westfälischen Industriellen gefolgt seien, gingen sie jetzt auf den Leim, den ihnen die west-amerikanischen Silberproduzenten gelegt hätten. Diesejenigen, welche heute die Regierung zur Einführung der Doppelwährung drängten, sollten sich doch reichlich überlegen, welche große Verantwortung sie damit auf sich nehmen. Jedenfalls würde sich ein Hohngelächter sonder Gleichen im Auslande über uns erheben, wenn Deutschland von seiner bewährten Währung abweiche. Vor 17 Jahren seien Landwirtschaft und Handel einig gewesen und er müsse den heimischen Landwirthe zureuen: „Ihr irrt Euch, es ist ein Unglück, wenn Ihr Euch von der Gemeinschaft der wirtschaftlichen Interessen der gesamten Provinz losreißt.“ Über dem Hohenhor sei von unferen alten Vorfahren der Spruch eingemeißelt worden: „Justitia et pietas duo sunt omnium regnum fundamenta.“ (Gerechtigkeit und Pietät sind die Grundlagen aller Königreiche.) In einer Versammlung westpreußischer Landwirthe sei vor einiger Zeit behauptet worden, nicht justitia, sondern agricultura sei jetzt das Fundament des Staates. Man könnte ja die Inschrift ausmeisseln und statt Justitia agricultura, stat pietas vielleicht Spiritus fehlen. (Große Heiterkeit.) Unsere alten Vorfahren hätten ganz gut gewußt, daß nicht nur um des Idealismus willen Justitia et pietas befehlen müßten, sondern daß sie auch die Grundlage des staatlichen und des realen Erwerbslebens seien. Die Gerechtigkeit wolle nicht, daß das Interesse lediglich eines Gewerbes bevorzugt werde und eine sichere, gute Währung sei die Stütze aller wirtschaftlichen Interessen. (Lebhafte anhaltende Beifall.)

Der Vorsitzende verließ nun die vom Bureau der Versammlung entworfenen (dort mitgeteilte) Resolution und eröffnet darüber die Discussion. Dr. Landschafts-Director Albrecht erklärt sich mit den Ausführungen beider Referenten einverstanden und empfiehlt lebhaft die Annahme der Resolution. Dem „Bund der Landwirthe“ habe er sich nicht angeschlossen und werde es auch in der Zukunft nicht thun können, weil er die Überzeugung habe, daß die Befreiungen des „Bundes“ dem Gesamtwohl des Staates nicht dienen könnten. (Lebh. Zustimmung.) Die Agitation gegen den deutsch-russischen Handelsvertrag könne er ebenso wenig willigen. Sie gefährde das allgemeine Interesse, um so mehr, als mit anderen Staaten schon Handelsverträge bestehen, der Differentialzoll gegen Russland für unsere Provinz durchaus schädlich sei, und wir auch uns allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten alles daran setzen müßten, unser Verhältnis zu Russland als dem Nachbarstaat inninger zu gestalten. (Lebh. Zustimmung.) Rücksichten auf das eigene Interesse müßten da zurücktreten, aber er könne auch die Ansicht über die Schädigung des Interesses der Landwirthe nicht teilen. Jedenfalls würde sie verschwinden sein gegenüber dem großen Vorteil eines deutsch-russischen Handelsvertrages. Der Bimetallismus scheine durch die Hoffnung begründet zu werden, ein minderwertiges Zahlungsmittel allgemein einzuführen. Auch davon erwarte er keinen Vorteil für die Landwirtschaft und in allgemein wirtschaftlicher Hinsicht würde er es geradezu für ein Unglück erachten, wenn im deutschen Reiche zweiterlei Münze von verschiedenem Werthe als Verkehrsmittel eingeführt würden. (Lebh. Beifall.)

Dr. Abg. Ritter: Er sei in diese Versammlung gekommen mehr zu dem Zweck zu hören, als zu reden. Man wisse ja, daß er im Parlament auf dem Kampfplatz gegen die hier besprochenen Agitationen stehe. Aber auch im Lande müsse man sich regen. Die mit Nachdruck hundgegebene öffentliche Meinung sei in unserem Staatsleben eine Macht geworden. Bedauerlicher Weise werde das in den bürgerlichen Streiten noch viel zu wenig berücksichtigt. Man sehe nur, welche Verjammungstätigkeit jetzt unsere conservativen und agrarischen Aristokraten entfalten (Graf Mirbach z. B.). Ihre Versammlung auf Versammlung ab) und lerne aus diesem Beispiel, was die öffentlich hundgegebene Meinung des Volkes bedeutet. Redner ist überzeugt, daß nach den bisher vergeblich versuchten Mitteln die jetzige agrarische Agitation der letzte Versuch sein werde, wenn die übrigen Bevölkerungskreise in Stadt und Land sich ebenfalls zusammenrufen und ihre Meinung mit demselben Nachdruck hundgegeben. Ganz unbegreiflich sei es ihm, daß gerade bei uns in Westpreußen, in einem zwischen dem Meer und dem großen Nachbarreich eingeschlossenen Landesteile, in einem Moment, wo der Zar selbst die Hand zum wirtschaftspolitischen Frieden darbot, Vertreter des wichtigsten Erwerbszweiges erklären können: „Das wollen wir nicht!“ Eine solche Kurzstiftigkeit sei nur erklärlich durch einen Fanatismus, den vielleicht einer anderen Sache gilt. Er vermögt wenigstens keine andere Erklärung dafür zu finden. Glauben denn die Agrarier wirklich, daß die Landwirtschaft in unserer Ostmark gedehnen und blühen könne, wenn Handel und Wandel, wenn die übrige Erwerbstätigkeit darniedergelegt? Genau das Gegenteil von dem, was die conservativen Agrarier heute überallhin verkünden, hat die ostpreußische landwirtschaftliche Centralstelle im Jan. 1892 in einer Petition erklärt, genau das Gegenteil, wie der Reichskanzler uns mitgetheilt hat, die sämtlichen conservativen Mitglieder des Reichstags, Herrenhaus und Abgeordnetenhaus in einer Eingabe vom Mai 1892. In dieser sei ausdrücklich ausgesprochen, daß ein Differentialzoll gegen Russland den Osten schädigen würde. Dies und nichts anderes sagen wir auch heute noch. Welch einen Werth könne die Regierung so hin und her schwankenden Meinungen der Conservativen beilegen? Deutschland müsse 1/7 seines Consums an Getreide vom Auslande zu seiner Ernährung beziehen. Komme es nicht aus Russland, so komme es anderswoher. Auf den Preis wirkte nicht der Differentialzoll, wie wir jetzt, wo er besteht, sehen, sondern die Quantität der Ernten. Das habe auch ein deutscher conservativer Reichstagabg. Graf Holstein in einem mit seinem Namen in der „Kielser Zeitung“ veröffentlichten Artikel ausdrücklich anerkannt. Er hat wörtlich erklärt: „Das allerdings könnte ich nicht erkennen, daß die Wirkung eines Getreidezolls sehr wesentlich von Umständen abhängt, beispielsweise bin ich überzeugt, daß im laufenden Winter auch der höchste Zoll uns nicht vor den jetzigen Schleuderpreisen bewahrt haben würde. Ich habe serner erklärt, daß ich dem Differentialzoll Russland gegenüber nicht den entscheidenden Werth beilegen könnte, wie das häufig geschieht; russisches Getreide ginge bereits in Menge über Rotterdam und Galizien in die Industrie-Cantone im Westen und nach Süddeutschland zu dem billigeren Zollsatzen an den dortigen Grenzen.“ Man müsse sich freuen, Anschlags der heftigen agrarischen Bewegung noch vorurtheilsfreien Männern in jenen Reihen zu begegnen. Die principielle Ablehnung des russischen Anerbietens wäre eine geradezu unverantwortliche Handlung, deren wirtschaftlichen Folgen gerade für unsern Osten gar

nicht abzusehen sei; das wäre auch ein großer politischer Fehler. Keine Regierung, die ihrer Verantwortung sich bewußt sei, könnte und werde so handeln. Deutschland hat den stärksten Verkehr mit Russland trotz der russischen Zölle, die in Folge unserer Wirtschaftspolitik seit 1879 wiederholt erhöht seien. Der Export nach Russland betrage immer noch 200 Millionen und gebe einer großen Zahl von Arbeitern Verdienst. Ohne Export kann Deutschland nicht bestehen. Ein Handelsvertrag mit dem Staat, der sich bisher von dem ganzen Westen streng abgeschieden habe, wäre ein Ereignis von europäischer Bedeutung. Die Regierungen, die ihn abschließen, würden sich ein bleibendes Verdienst erwerben sowohl in Russland wie in Deutschland. Beide Länder würden gewinnen, beide verlieren, wenn sie sich in einem thörichten Zollkrieg wirtschaftlich zerstreuen. Er glaube noch an die Harmonie der wirtschaftlichen Interessen der Völker, wie an eine Harmonie der Interessen von Stadt und Land. Über die Goldwährung brauche er wohl nicht viel Worte nach dem Vorangegangenen zu verlieren. Was andere Völker im mühsamen Ringen erstrebten, habe Deutschland in sicherem Besitz und solle es aufgeben, nur weil eine Anzahl von Agrariern sich einbilden, daß die Doppelwährung im Inlande geschützt, bleibe daheim. Nach kurzer Zeit würde man deutsche Goldstücke nur noch in Münzsummungen finden. Er fürchte, wie einst die westpreußischen Landwirthe den Lockungen der rheinisch-westfälischen Industriellen gefolgt seien, gingen sie jetzt auf den Leim, den ihnen die west-amerikanischen Silberproduzenten gelegt hätten. Diesejenigen, welche heute die Regierung zur Einführung der Doppelwährung drängten, sollten sich doch reichlich überlegen, welche große Verantwortung sie damit auf sich nehmen. Jedenfalls würde sich ein Hohngelächter sonder Gleichen im Auslande über uns erheben, wenn Deutschland von seiner bewährten Währung abweiche. Vor 17 Jahren seien Landwirtschaft und Handel einig gewesen und er müsse den heimischen Landwirthe zureuen: „Ihr irrt Euch, es ist ein Unglück, wenn Ihr Euch von der Gemeinschaft der wirtschaftlichen Interessen der gesamten Provinz losreißt.“ Über dem Hohenhor sei von unferen alten Vorfahren der Spruch eingemeißelt worden: „Justitia et pietas duo sunt omnium regnum fundamenta.“ (Gerechtigkeit und Pietät sind die Grundlagen aller Königreiche.) In einer Versammlung westpreußischer Landwirthe sei vor einiger Zeit behauptet worden, nicht justitia, sondern agricultura sei jetzt das Fundament des Staates. Man könnte ja die Inschrift ausmeisseln und statt Justitia agricultura, stat pietas vielleicht Spiritus fehlen. (Große Heiterkeit.) Unsere alten Vorfahren hätten ganz gut gewußt, daß nicht nur um des Idealismus willen Justitia et pietas befehlen müßten, sondern daß sie auch die Grundlage des staatlichen und des realen Erwerbslebens seien. Die Gerechtigkeit wolle nicht, daß das Interesse lediglich eines Gewerbes bevorzugt werde und eine sichere, gute Währung sei die Stütze aller wirtschaftlichen Interessen. (Lebhafte anhaltende Beifall.)

Der Vorsitzende verließ nun die vom Bureau der Versammlung entworfenen (dort mitgeteilte) Resolution und eröffnet darüber die Discussion. Dr. Landschafts-Director Albrecht erklärt sich mit den Ausführungen beider Referenten einverstanden und empfiehlt lebhaft die Annahme der Resolution. Dem „Bund der Landwirthe“ habe er sich nicht angeschlossen und werde es auch in der Zukunft nicht thun können, weil er die Überzeugung habe, daß die Befreiungen des „Bundes“ dem Gesamtwohl des Staates nicht dienen können. (Lebh. Zustimmung.) Die Agitation gegen den deutsch-russischen Handelsvertrag könne er ebenso wenig willigen. Sie gefährde das allgemeine Interesse, um so mehr, als mit anderen Staaten schon Handelsverträge bestehen, der Differentialzoll gegen Russland für unsere Provinz durchaus schädlich sei, und wir auch uns allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten alles daran setzen müßten, unser Verhältnis zu Russland als dem Nachbarstaat inninger zu gestalten. (Lebh. Zustimmung.) Rücksichten auf das eigene Interesse müßten da zurücktreten, aber er könne auch die Ansicht über die Schädigung des Interesses der Landwirthe nicht teilen. Jedenfalls würde sie verschwinden sein gegenüber dem großen Vorteil eines deutsch-russischen Handelsvertrages. Der Bimetallismus scheine durch die Hoffnung begründet zu werden, ein minderwertiges Zahlungsmittel allgemein einzuführen. Auch davon erwarte er keinen Vorteil für die Landwirtschaft und in allgemein wirtschaftlicher Hinsicht würde er es geradezu für ein Unglück erachten, wenn im deutschen Reiche zweiterlei Münze von verschiedenem Werthe als Verkehrsmittel eingeführt würden. (Lebh. Beifall.)

Dr. Abg. Ritter: Er sei in diese Versammlung gekommen mehr zu dem Zweck zu hören, als zu reden. Man wisse ja, daß er im Parlament auf dem Kampfplatz gegen die hier besprochenen Agitationen stehe. Aber auch im Lande müsse man sich regen. Die mit Nachdruck hundgegebene öffentliche Meinung sei in unserem Staatsleben eine Macht geworden. Bedauerlicher Weise werde das in den bürgerlichen Streiten noch viel zu wenig berücksichtigt. Man sehe nur, welche Verjammungstätigkeit jetzt unsere conservativen und agrarischen Aristokraten entfalten (Graf Mirbach z. B.). Ihre Versammlung auf Versammlung ab) und lerne aus diesem Beispiel, was die öffentlich hundgegebene Meinung des Volkes bedeutet. Redner ist überzeugt, daß nach den bisher vergeblich versuchten Mitteln die jetzige agrarische Agitation der letzte Versuch sein werde, wenn die übrigen Bevölkerungskreise in Stadt und Land sich ebenfalls zusammenrufen und ihre Meinung mit demselben Nachdruck hundgegeben. Ganz unbegreiflich sei es ihm, daß gerade bei uns in Westpreußen, in einem zwischen dem Meer und dem großen Nachbarreich eingeschlossenen Landesteile, in einem Moment, wo der Zar selbst die Hand zum wirtschaftspolitischen Frieden darbot, Vertreter des wichtigsten Erwerbszweiges erklären können: „Das wollen wir nicht!“ Eine solche Kurzstiftigkeit sei nur erklärlich durch einen Fanatismus, den vielleicht einer anderen Sache gilt. Er vermögt wenigstens keine andere Erklärung dafür zu finden. Glauben denn die Agrarier wirklich, daß die Landwirtschaft in unserer Ostmark gedehnen und blühen könne, wenn Handel und Wandel, wenn die übrige Erwerbstätigkeit darniedergelegt? Genau das Gegenteil von dem, was die conservativen Agrarier heute überallhin verkünden, hat die ostpreußische landwirtschaftliche Centralstelle im Jan. 1892 in einer Petition erklärt, genau das Gegenteil, wie der Reichskanzler uns mitgetheilt hat, die sämtlichen conservativen Mitglieder des Reichstags, Herrenhaus und Abgeordnetenhaus in einer Eingabe vom Mai 1892. In dieser sei ausdrücklich ausgesprochen, daß ein Differentialzoll gegen Russland den Osten schädigen würde. Dies und nichts anderes sagen wir auch heute noch. Welch einen Werth könne die Regierung so hin und her schwankenden Meinungen der Conservativen beilegen? Deutschland müsse 1/7 seines Consums an Getreide vom Auslande zu seiner Ernährung beziehen. Komme es nicht aus Russland, so komme es anderswoher. Auf den Preis wirkte nicht der Differentialzoll, wie wir jetzt, wo er besteht, sehen, sondern die Quantität der Ernten. Das habe auch ein deutscher conservativer Reichstagabg. Graf Holstein in einem mit seinem Namen in der „Kielser Zeitung“ veröffentlichten Artikel ausdrücklich anerkannt. Er hat wörtlich erklärt: „Das allerdings könnte ich nicht erkennen, daß die Wirkung eines Getreidezolls sehr wesentlich von Umständen abhängt, beispielsweise bin ich überzeugt, daß im laufenden Winter auch der höchste Zoll uns nicht vor den jetzigen Schleuderpreisen bewahrt haben würde. Ich habe serner erklärt, daß ich dem Differentialzoll Russland gegenüber nicht den entscheidenden Werth beilegen könnte, wie das häufig geschieht; russisches Getreide ginge bereits in Menge über Rotterdam und Galizien in die Industrie-Cantone im Westen und nach Süddeutschland zu dem billigeren Zollsatzen an den dortigen Grenzen.“ Man müsse sich freuen, Anschlags der heftigen agrarischen Bewegung noch vorurtheilsfreien Männern in jenen Reihen zu begegnen. Die principielle Ablehnung des russischen Anerbietens wäre eine geradezu unverantwortliche Handlung, deren wirtschaftlichen Folgen gerade für unsern Osten gar

nicht abzusehen sei; das wäre auch ein großer politischer Fehler. Keine Regierung, die ihrer Verantwortung sich bewußt sei, könnte und werde so handeln. Deutschland hat den stärksten Verkehr mit Russland trotz der russischen Zölle, die in Folge unserer Wirtschaftspolitik seit 1879 wiederholt erhöht seien. Der Export nach Russland betrage immer noch 200 Millionen und gebe einer großen Zahl von Arbeitern Verdienst. Ohne Export kann Deutschland nicht bestehen. Ein Handelsvertrag mit dem Staat, der sich bisher von dem ganzen Westen streng abgeschieden habe, wäre ein Ereignis von europäischer Bedeutung. Die Regierungen, die ihn abschließen, würden sich ein bleibendes Verdienst erwerben sowohl in Russland wie in Deutschland. Beide Länder würden gewinnen, beide verlieren, wenn sie sich in einem thörichten Zollkrieg wirtschaftlich zerstreuen. Er glaube noch an die Harmonie der wirtschaftlichen Interessen der Völker, wie an eine Harmonie der Interessen von Stadt und Land. Über die Goldwährung brauche er wohl nicht viel Worte nach dem Vorangegangenen zu verlieren. Was andere Völker im mühsamen Ringen erstrebten, habe Deutschland in sicherem Besitz und solle es aufgeben, nur weil eine Anzahl von Agrariern sich einbilden, daß die Doppelwährung im Inlande geschützt, bleibe daheim. Nach kurzer Zeit würde man deutsche Goldstücke nur noch in Münzsummungen finden. Er fürchte, wie einst die westpreußischen Landwirthe den Lockungen der rheinisch-westfälischen Industriellen gefolgt seien, gingen sie jetzt auf den Leim, den ihnen die west-amerikanischen Silberproduzenten gelegt hätten. Diesejenigen, welche heute die Regierung zur Einführung der Doppelwährung drängten, sollten sich doch reichlich überlegen, welche große Verantwortung sie damit auf sich nehmen. Jedenfalls würde sich ein Hohngelächter sonder Gleichen im Auslande über uns erheben, wenn Deutschland von seiner bewährten Währung abweiche. Vor 17 Jahren seien Landwirtschaft und Handel einig gewesen und er müsse den heimischen Landwirthe zureuen: „Ihr irrt Euch, es ist ein Unglück, wenn Ihr Euch von der Gemeinschaft der wirtschaftlichen Interessen der gesamten Provinz losreißt.“ Über dem Hohenhor sei von unferen alten Vorfahren der Spruch eingemeißelt worden: „Justitia et pietas duo sunt omnium regnum fundamenta.“ (Gerechtigkeit und Pietät sind die Grundlagen aller Königreiche.) In einer Versammlung westpreußischer Landwirthe sei vor einiger Zeit behauptet worden, nicht justitia, sondern agricultura sei jetzt das Fundament des Staates. Man könnte ja die Inschrift ausmeisseln und statt Justitia agricultura, stat pietas vielleicht Spiritus fehlen. (Große Heiterkeit.) Unsere alten Vorfahren hätten ganz gut gewußt, daß nicht nur um des Idealismus willen Justitia et pietas befehlen müßten, sondern daß sie auch die Grundlage des staatlichen und des realen Erwerbslebens seien. Die Gerechtigkeit wolle nicht, daß das Interesse lediglich eines Gewerbes bevorzugt werde und eine sichere, gute Währung sei die Stütze aller wirtschaftlichen Interessen. (Lebhafte anhaltende Beifall.)

Der Vorsitzende verließ nun die vom Bureau der Versammlung entworfenen (dort mitgeteilte) Resolution und eröffnet darüber die Discussion. Dr. Landschafts-Director Albrecht erklärt sich mit den Ausführungen beider Referenten einverstanden und empfiehlt lebhaft die Annahme der Resolution. Dem „Bund der Landwirthe“ habe er sich nicht angeschlossen und werde es auch in der Zukunft nicht thun können, weil er die Überzeugung habe, daß die Befreiungen des „Bundes“ dem Gesamtwohl des Staates nicht dienen können. (Lebh. Zustimmung.) Die Agitation gegen den deutsch-russischen Handelsvertrag könne er ebenso wenig willigen. Sie gefährde das allgemeine Interesse, um so mehr, als mit anderen Staaten schon Handelsverträge bestehen, der Differentialzoll gegen Russland für unsere Provinz durchaus schädlich sei, und wir auch uns allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten alles daran setzen müßten, unser Verhältnis zu Russland als dem Nachbarstaat inninger zu gestalten. (Lebh. Zustimmung.) Rücksichten auf das eigene Interesse müßten da zurücktreten, aber er könne auch die Ansicht über die Schädigung des Interesses der Landwirthe nicht teilen. Jedenfalls würde sie verschwinden sein gegenüber dem großen Vorteil eines deutsch-russischen Handelsvertrages. Der Bimetallismus scheine durch die Hoffnung begründet zu werden, ein minderwertiges Zahlungsmittel allgemein einzuführen. Auch davon erwarte er keinen Vorteil für die Landwirtschaft und in allgemein wirtschaftlicher Hinsicht würde er es geradezu für ein Unglück erachten, wenn im deutschen Reiche zweiterlei Münze von verschiedenem Werthe als Verkehrsmittel eingeführt würden. (Lebh. Beifall.)

Dr. Abg. Ritter: Er sei in diese Versammlung gekommen mehr zu dem Zweck zu hören, als zu reden. Man wisse ja, daß er im Parlament auf dem Kampfplatz gegen die hier besprochenen Agitationen stehe. Aber auch im Lande müsse man sich regen. Die mit Nachdruck hundgegebene öffentliche Meinung sei in unserem Staatsleben eine Macht geworden. Bedauerlicher Weise werde das in den bürgerlichen Streiten noch viel zu wenig berücksichtigt. Man sehe nur, welche Verjammungstätigkeit jetzt unsere conservativen und agrarischen Aristokraten entfalten (Graf Mirbach z. B.). Ihre Versammlung auf Versammlung ab) und lerne aus diesem Beispiel, was die öffentlich hundgegebene Meinung des Volkes bedeutet. Redner ist überzeugt, daß nach den bisher vergeblich versuchten Mitteln die jetzige agrarische Agitation der letzte Versuch sein werde, wenn die übrigen Bevölkerungskreise in Stadt und Land sich ebenfalls zusammenrufen und ihre Meinung mit demselben Nachdruck hundgegeben. Ganz unbegreiflich sei es ihm, daß gerade bei uns in Westpreußen, in einem zwischen dem Meer und dem großen Nachbarreich eingeschlossenen Landesteile, in einem Moment, wo der Zar selbst die Hand zum wirtschaftspolitischen Frieden darbot, Vertreter des wichtigsten Erwerbszweiges erklären können: „Das wollen wir nicht!“ Eine solche Kurzstiftigkeit sei nur erklärlich durch einen Fanatismus, den vielleicht einer anderen Sache gilt. Er vermögt wenigstens keine andere Erklärung dafür zu finden. Glauben denn die Agrarier wirklich, daß die Landwirtschaft in unserer Ostmark gedehnen und blühen könne, wenn Handel und Wandel, wenn die übrige Erwerbstätigkeit darniedergelegt? Genau das Gegenteil von dem, was die conservativen Agrarier heute überallhin verkünden, hat die ostpreußische landwirtschaftliche Centralstelle im Jan. 1892 in einer Petition erklärt, genau das Gegenteil, wie der Reichskanzler uns mitgetheilt hat, die sämtlichen conservativen Mitglieder des Reichstags, Herrenhaus und Abgeordnetenhaus in einer Eingabe vom Mai 1892. In dieser sei ausdrücklich ausgesprochen, daß ein Differentialzoll gegen Russland den Osten schädigen würde. Dies und nichts anderes sagen wir auch heute noch. Welch einen Werth könne die Regierung so hin und her schwankenden Meinungen der Conservativen beilegen? Deutschland müsse 1/7 seines Consums an Getreide vom Auslande zu seiner Ernährung beziehen. Komme es nicht aus Russland, so komme es anderswoher. Auf den Preis wirkte nicht der Differentialzoll, wie wir jetzt, wo er besteht, sehen, sondern die Quantität der Ernten. Das habe auch ein deutscher conservativer Reichstagabg. Graf Holstein in einem mit seinem Namen in der „Kielser Zeitung“ veröffentlichten Artikel ausdrücklich anerkannt. Er hat wörtlich erklärt: „Das allerdings könnte ich nicht erkennen, daß die Wirkung eines Getreidezolls sehr wesentlich von Umständen abhängt, beispielsweise bin ich überzeugt, daß im laufenden Winter auch der höchste Zoll uns nicht vor den jetzigen Schleuderpreisen bewahrt haben würde. Ich habe serner erklärt, daß ich dem Differentialzoll Russland gegenüber nicht den entscheidenden Werth beilegen könnte, wie das häufig geschieht; russisches Getreide ginge bereits in Menge über Rotterdam und Galizien in die Industrie-Cantone im Westen und nach Süddeutschland zu dem billigeren Zollsatzen an den dortigen Grenzen.“ Man müsse sich freuen, Anschlags der heftigen agrarischen Bewegung noch vorurtheilsfreien Männern in jenen Reihen zu begegnen. Die principielle Ablehnung des russischen Anerbietens wäre eine geradezu unverantwortliche Handlung, deren wirtschaftlichen Folgen gerade für unsern Osten gar

vor zu diesem Zweck bereits getroffenen Vorkehrungen, ferner die Erbauung des Hafens bei Thorn und die Eindeichung der Thoren linksseitigen Niederung. Es finden Besichtigungen an Ort und Stelle statt.

Von der Marine.

V. A. 6. April. Die Kreuzer-Corvette „Carola“, welche am Abend des ersten Osterfestes aus Danzig hier eintraf und in der kaiserlichen Werft Geschützrohre für Schnellladeflanonen übernommen hat, ist heute Morgen von hier nach Wilhelmshaven in See gegangen. — Die Besatzung des neuen Aviso „Hohenzollern“ ging heute von hier nach Swinemünde ab. Die Kette des Kaisers von dort nach Aiel ist bis zum 14. April verschoben.

Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 7. April.

Weizen, gelb	Trs.v.6	Ers.v.6
April-Mai	155,00	153,50
Juni-Juli	157,20	156,50
Roggen	133,00	132,00
April-Mai	137,	

Die Verlobung unserer Nichte
Franziska Phillipsohn mit
dem Kaufmann Herrn Max Giesnow
aus Schlesien beehren wir uns
ergeben zu anzeigen.

Danzig, im April 1893.
A. Levi und Frau.

Heute früh 2½ Uhr ent-
schied sich nach längerem
Leiden mein verstorbenes
Leben der Kaufmann
Hubert Gohmann,
im 66. Lebensjahr.
Tief betrauert von den
Hinterbliebenen.
Danzig, d. 7. April 1893.

Gestern Abend 10½ Uhr ent-
schied sich nach längerem
Leiden mein verstorbenes
Leben der Kaufmann, Onkel u.
Großonkel, der Kaufmann

Johann Rudolph Barendt
im beinahe vollendeten 60. Le-
bensjahr.

Dies liegt tief erschüttert mit
der Bitte um stillle Theilnahme an
Danzig, den 7. April 1893.

Die trauernde Witwe
Regina Barendt geb. Fietkau.

Die Ueberführung der Leiche
nach dem Bahnhof Legethor fin-
det am Dienstag, den 11. April
7½ Uhr Morgens, vom Sterbe-
hause, Röpergasse 19, statt.

S.S. „Agnes“,

Capt. L. Brunk,
von Hamburg eingetroffen, löst
am Bahnhof.

Inhaber der Connossements
ex S.S. „Odb“, S.S. „Lissabon“
und S.S. „Guanne u. Marie“
wollen sich melden bei

Ferdinand Prowe.

In Bremen
lade nach Danzig:
Dpt. „D. Siebler“, Cpt. Pe-
ters, gegen 14/15. April cr.

Dpt. „Miebing“, Cpt. Otto,
gegen 23/24. April cr.

Güteranmeldungen erbeten bei
Raben & Stadtländer,

Bremen,
F. G. Reinhold,
Danzig.

Nach Greenock
direct ohne Umladen resp.

Glasgow
lade diese Woche S.S. „Albis“.
Güteranmeldungen erbeten

Wilh. Ganswindt.

Dampfer „Albertus“
ist mit Gütern von Antwerpen,
und

Dampfer „Livonia“
mit Gütern von Rotterdam fällig.

Dampfer „Tido“
ist mit Gütern von Hull in Neu-
fahrwasser eingetroffen. Umlade-
güter aus Dampfer „Mourina“
u. „Torpedo“. Inhaber v. inoff.
Connossements belieben sich zu
melden bei F. G. Reinhold.


Opfr. Neptun u. Montwy
laden Güter in der Stadt und
Neufahrwasser nach Dirschau,
Mewe, Kutebrak, Neuenburg,
Graudenz, Schwed., Culm,
Bromberg, Thorn.

Güteranmeldungen erbeten
Ferdinand Krahn,
Schäferei Nr. 15.

Zurückgekehrt.
Dr. Loewenberg.

Unser Comtoir
ist jetzt

Hopfengasse 95.
Uhsadel & Lierau.

Mein Comtoir
befindet sich jetzt

Holzmarkt Nr. 11, II.
Georg Lorwein.

Mein Comtoir
befindet sich
Milchhannengasse 24.
S. Landau Jr.

Frische Kälberlymphé
empfiehlt
Fr. Hendemers-Apotheke

R. Scheller.

Berufungen
gegen Einkommensteuer-Deran-
lagungen fertigt J. Grunow,
Bureauvorst. a. D. Paradiesg. 13.

Loose:

Danz. Silber-Lotterie a 1 M.,
Ruhmeshalle-Görlitz a 1 M.,
Marienburger Schlossbau a 3 M.,
Schneidemühler Pferdelotterie
a 1 M.

Stettiner Pferde-Lott. a 1 M.,
zu haben in der
Gred. der Danziger Zeitung.

Loose zur Ruhmeshallen-Lotterie
a 1 M.,

Loose zur Königsberger, Stet-
tiner und Schneidemühler
Pferdelotterie a 1 M.,

Loose zur Marienburger Geld-
lotterie a 3 M.,
zu haben bei

Th. Bertling.

Marienburger Loose
1/1 M. 3, 1/2 M. 1 und Anteile a
10, 21 1/2 M. 60 1/2 M. 10, 50

Ant. 4,50 M. Jeder jun. Zog-
gasse 13 Ecke Posthalterg.

Hundegasse 75, 1 Tr.,
werden alle Arten Regen- und
Gummischirme neu bezogen, a.
Schirme in den Lagen abgenährt,
sowie jede vor kommende Repar-
tierung u. lauter ausgeführt.

M. Kracki, Wittwe.

Nachruf!
Am 5. April starb in Reußstadt Westpr. nach längerem
Leiden mein bisheriger Procurist

Herr Gustav Wiebe

im 36. Lebensjahr.

Der Verstorben war mir ein treuer, anhänglicher
und gewissenhafter Mitarbeiter, dessen Andenken ich stets
in Ehren halten werde. (9005)

Danzig, den 7. April 1893.

Paul Weiss,
in Firma P. Weiss & Co.

Am 5. April verstarb nach langem Leiden
unser ehemaliger Procurist

Herr Gustav Wiebe

Wir betrauern in dem Dahingeschiedenen
einen lieben Vorgesetzten, dem wir stets ein ehren-
des Andenken bewahren werden.

Das Comtoirpersonal der Firma P. Weiss & Co.

Bauer und Athos.
Gesellschaft für
Gesellschafts- und
Gesellschafts-

Röntgengymnasium.
Das neue Schuljahr beginnt am Dienstag, den 11. April 8 Uhr,
für die Vorschule 9 Uhr morgens.

Die in die Gymnastikstunden Quinta bis Prima eintretenden
Schüler sind am Montag, den 10. April, pünktlich 9 Uhr morgens
vorzustellen. Sie haben den Geburts- oder Taufstein, ein Impf-
attest und, wenn sie von einer anderen Anstalt kommen, ihr
Abgangszeugnis vorzulegen. (8831)

Director Dr. H. Kretschmann.

Vorbereitung für Greta.

Empfohlen durch die Herren Directoren Professor Dr. Rahle
und Dr. Panten, sowie den Provincialschulrat Herrn Dr.
Carnuth. Beginn des neuen Schuljahres Dienstag, den 11. April.
(Unterrichtszeit v. 10—1 Uhr.) Aufnahme neuer Schüler während
der Vormittagsstunden von 11—1 Uhr im Unterrichtslokale,
Sandgrube 47.

Aurelie Hoch.

Allgemeine gewerbliche Mädchenschulbildungsschule.

Der Unterricht für das diesjährige Sommerhalbjahr beginnt
Montag, den 10. April, Nachmittags 2 Uhr, im neu erbauten
Hause der Dr. Scherl'schen höheren Töchterschule, Poggen-
pohl 16 und erstreckt sich auf 1) Deutsch (Briefschrift), 2) Kauf-
rechnen, 3) Buchführung, 4) Kalligraphie, 5) Körperreichen und
Ornamentiken, 6) Naturkunde, 7) Handelsgeographie und
8) Stenographie. Auf besonderen Wunsch wird auch noch Unter-
richt in der französischen und englischen Sprache ertheilt.

Die Leiterin der Schule, Fr. Farr, Heil. Geisfaffe 53¹¹ ist
zur Aufnahme von Schülerinnen täglich in ihrer Wohnung,
während der Ferien in den Stunden von 3—5 Uhr, sonn. in der
Mittagszeit, bereit.

Das Curatorium.

Zeichnungen

auf die zur Emission gelangenden

Deutsche 3% Reichs-Anleihe

und

Preuß. 3% consol. Staats-Anleihe

nehmen wir zum Zeichnungscourse von
86,80%⁰

bis 11. April franco provision entgegen.

Meyer & Gelhorn,

Bank- und Wechsel-Geschäft,

Langenmarkt 40.

Deutsche 3% Reichs-Anleihe

3% Preußische Consols

sind zum Course von 86,80 M für 100 M Nennwert
am 11. April a. c.

zur Subscription aufgelegt.

Wir nehmen Zeichnungen hierauf schon von jetzt ab franco
aller Kosten entgegen. (9003)

Baum & Liepmann,

Bank-Geschäft.

Subscription

auf
Deutsche 3% Reichs-Anleihe

und

Preußische 3% Consols

am 86,80% am 11. April cr.

Anmeldungen vermittelst kostenfrei

(9001)

Ernst Poschmann,

Bank-Geschäft,

Brodbänkengasse 37.

Danziger Actien-Bierbrauerei.

Comtoir: Heil. Geistgasse 126. Fernsprech-Anschluß Nr. 1

empfiehlt ihre chemisch reinen Biere, in Gebinden u. in Flaschen,

welche Eigenthum der Brauerei bleiben:

Böhmisches Bier (pilsener Brauart)

Lagerbier (Münchener Brauart)

welche nur aus bestem hell resp. stark gebräutem Malz und
feinstem Böhmischem resp. Bayerschen Hopfen gebraut, das Vor-
züglichste darstellen, was die Brautechnik zu leisten vermag.

Ferner empfehlen wir unser ganz vorzügliches

Exportbier

nach Nürnberger Brauart bereitet, welches sich durch besondere

Haltbarkeit auszeichnet.

Th. Bertling.

Marienburger Loose
1/1 M. 3, 1/2 M. 1 und Anteile a
10, 21 1/2 M. 60 1/2 M. 10, 50

Ant. 4,50 M. Jeder jun. Zog-

gasse 13 Ecke Posthalterg.

Hundegasse 75, 1 Tr.,
werden alle Arten Regen- und

Gummischirme neu bezogen, a.
Schirme in den Lagen abgenährt,
sowie jede vor kommende Repar-
tierung u. lauter ausgeführt.

M. Kracki, Wittwe.

Zur Steuer der Wahrheit.

Wiederholte mußte ich während meiner Anwesenheit in
Danzig die eigentümliche Mähr anhören, „Was das Königs-
berger Geschäft von Cigarren nicht brauchen kann, be-
kommen wir nach Danzig“.

Wie unglücklich diese Erzählung ist, wird ja jeder unbefangene Mensch einsehen. Um aber dieser wunderbaren

Erfahrung entgegen zu treten, erkläre ich:

„Dass ich überhaupt keine unverkäufliche Cigarren
auf Lager halte.“ Was sich etwa von neu eingeführten

Marken als nicht passend herausstellt, schicke ich selbst noch
nach Monaten an den betreffenden Fabrikanten zurück. Das
findt Abmachungen.

Zerner steht mein Vertreter in Danzig auf Tantième und
er allein darf jede einzelne Riste Cigarren, die er wünscht, be-
stimmen und jede Riste mir zurücksenden, die er für sein

Geschäft nicht geeignet hält.“

Von Importen, die ich direct beziehe, wird das wenige
nicht passende in Hamburg verkauft. Wenn ich zur Ab-
nahme nicht dort sein kann, besorgt dieses Geschäft die

Cigarrenfabrik Firma Horch & Quast.

Diese Nachricht zur Steuer der Wahrheit.

Carl Peter, vorm. Robt. Hoepner,

Langenmarkt 1. Eingang Matzhausengasse.

Engl. Damensattel
fast neu, zu verkaufen
Heumarkt Nr. 8, part.

Gummischirme i. Be., Wach-

Färb., Abnahm. d. Lag. u.

jet. und Reparatur erbillet

B. Schlachter, Holzmarkt 24.

Ein Grundst. v. 140 Mrq. vorjähr.

Weizen, gute Lage, gute Geb.

m. Ann. ca. 40000 Alberca. 9000 M.

Am. zu verk. Ausk. erh. Th.

Mirau, Danzig, Mattenbus. 22.

Berliner Halbwagen

mit Thüren und bequemem
Rücksit. für 2 Erwachsenen
(Halbwägen genannt) ein-

Berliner Fondsbörse vom 6. April.

Die heutige Börse eröffnete in ziemlich fester Haltung und mit zumeist wenig veränderten Coursen auf speculativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen laufen gleichfalls günstig, übten aber hier keinen bemerkenswerten Einfluss auf die Stimmung aus. Das Geschäft entwickelte sich anfangs ruhig und die Haltung schwachte sehr bald in Folge von auswärtigen Nachrichten, die zu Realisierungen veranlassten, etwas ab. Um die Mitte der Börsenseite trat aber ziemlich allgemein wieder eine energische Befestigung hervor und die Course konnten sich bei regem Handel durchschnittlich wieder höher stellen. Der Kapitalmarkt bewahrte bei normalen Umsägen feste Gesamthaltung für heimische solide Anlagen einschließlich der deutschen

Reichs- und preußischen consolidirten Anleihen. Fremde, festen Zins tragende Papiere verkehrten gleichfalls in starker Haltung, blieben aber zumeist ruhig; russische Anleihen und Noten fester und mehr gehandelt; Italiener und ungarische Goldrenten behauptet. Der Privaldiscont wurde mit 1% notirt. Auf internationalem Gebiet gingen österreichische Creditactien mit unwesentlichen Schwankungen und schließlich in fester Haltung ziemlich stabil um; Lombarden wenig verändert. Inländische Eisenbahnen waren ziemlich fest und ruhig. Bankaktien ruhig. Industriepapiere ziemlich fest, aber nur vereinzelt lebhafter. Schiffahrtsactien fester. Montanwerthe nach schwacher Eröffnung fester.

Deutsche Fonds.

Deutsche Reichs-Anleihe	4	108.20
do. do.	3½	101.25
do. do.	3	87.30
Konsolidirte Anleihe	4	107.15
do. do.	3½	101.30
Staats-Schuldscheine	3½	87.30
Ostpreuss. Prov.-Oblig.	3½	96.75
Westpr. Prov.-Oblig.	3½	97.90
Landish. Centr.-Pfdbr.	3½	98.60
Ostpreuss. Pfandbriefe	3½	97.80
Bommerische Pfdbr.	3½	99.20
Poensche neue Pfdbr.	4	102.40
do. do.	3½	97.90
Westpreuss. Pfandbriefe	3½	98.00
do. neue Pfandbr.	3½	103.30
Pomm. Rentenbriefe	4	103.40
Poensche do.	4	103.40
Preußische do.	4	103.40

Auslandische Fonds.

Dellerr. Goldrente	4	98.30
Dellerr. Papier-Rente	5	83.50
do. do.	4½	82.80
do. Silber-Rente	4½	82.50
Ungar. Eisenb.-Anleihe	4½	103.80
do. Papier-Re.ue	5	—
do. Gold-Rente	4	97.40
Russ. Engl. Anleihe	4	108.80
do. Rente	6	103.75
do. Rente	5	106.80
Russ. Anleihe o. 1889	4	98.30
Russ. 2. Orient Anleihe	5	67.30
Russ. 3. Dri-e Anleihe	5	68.00
Pomm. Liquidat-Pfdbr.	4	64.00
Pomm. Pfandbriefe	5	66.20
Italienische Rente	5	93.20

Concursverfahren.

In dem Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns J. Domachowski in Culm ist zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichniß der bei der Vertheilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlusssatzung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlußtermine auf den 8. Mai 1893,

Vormittags 11 Uhr, vor dem Königlichen Amtsgerichte hierfür, Zimmer Nr. 11 bestimmt, zu welchem alle Beteiligten hiermit vorgeladen werden.

Die Schlußrechnung nebst Belegen und das Schlußverzeichniß sind auf der Gerichtsschreiberei Zimmer Nr. 10 niedergelegt.

Culm, den 1. April 1893.

Schlüter,
Gerichtsschreiber des Königlichen
Amtsgerichts.

Aufruf!

Am 30. März d. Js. ist in dem Achterhofer See bei Ronik die Leiche des Oberbootsmanns Otto Bluhm von Gr. Majestät Aviso Jagd gefunden worden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Bluhm das Opfer eines Verbrechens geworden ist. Derleblich ist am 29. Dezember, Morgens um 1/25 Uhr, mit der Eisenbahn von Danzig abgefahren und sehr wahrscheinlich etwa um 1/9 hier angekommen. Er hat seine Reise hier unterbrochen, obwohl er anfänglich ursprünglich die Abfahrt gehabt hat, sich direkt von Danzig nach Berlin zu begeben.

Zu welchem Zwecke er sich hier aufzuhalten hat, ist bisher noch nicht zu ermitteln gewesen. Da er sich möglicherweise zu Mittreiben hierüber ausgetragen hat, so werden alle Diejenigen, die mit Bluhm auf der Reise von Danzig nach Ronik zusammengefahren sind, aufgefordert, sich sofort zu den Acten J. 643/93 zu melden. (8966)

Bluhm war 30 Jahre alt, groß und kräftig gebaut, er trug einen dunkelblonden Vollbart. Er war mit der Uniform seiner Charge bekleidet.

Ronik, den 6. April 1893.

Königl. Staatsanwaltschaft.

Beschluß.

Der Concurs über das Vermögen des Kaufmanns Otto Werner in Culm ist durch Schlußvertheilung beendet und wird daher aufgehoben.

Culm, den 30. März 1893.

Königl. Amtsgericht.

Höhere Mädchenschule

Hundegasse 16.
Das Sommerhalbjahr beginnt Dienstag, den 11. April. Zur Aufnahme neuer Schülerinnen bin ich Sonnabend, den 8. und Montag, den 10. April, von 10-1 Uhr, im Schullokal, Hundegasse 16, bereit. Zur Aufnahme in die VIII. Klasse sind Vorkenntnisse nicht erforderlich. (8031)

Dr. Weinlig.

Borbereitung J. Serta,

Bogenstr. 11.
Das neue Schuljahr beg. Dienstag, d. 11. April und nehm' ich Anm. neuer Jögl. am 7., 8., u. 10. Borm. entgegen. D. Milinowski.

Unterricht

in allen feinen Handarbeiten, im Spitzköpfeln, Wäscheweben und Maschinennähen wird ertheilt von (8680)

H. Duske,
gepr. Handarbeitslehrerin,
I. Damm 4.

Brodbänkengasse 8

und
Zoppot, Geeststraße 39.
Feinste Tafelbutter, alle Sorten füllt. Als Spezialität anerkannt hochfeine Cervelat-, Leber-Trüffel- und Blutwurst, nur selbstgemachtes Fabrikat empfiehlt G. Meves.

Marienburger Geld-Lotterie.

Ziehung am 13. und 14. April.

Hauptgew. M. 90000, 30000, 15000 etc. baar.

Originalloose à M. 3,-

Antheile: 1/2 1.75, 1/4 1.10, 1/2 16, 1/4 10 M. Porto und Liste 30 Pf.

Beteiligung an 100 Originalloosen

100/100 3.50, 100/50 7.00, 100/25 14.00 M.

Bankgeschäft, M. Fraenkel jr., Berlin, Friedrichstr. 30.

und

Zoppot, Geeststraße 39.

Feinste Tafelbutter, alle Sorten füllt. Als Spezialität anerkannt hochfeine Cervelat-, Leber-

Trüffel- und Blutwurst, nur selbstgemachtes Fabrikat empfiehlt G. Meves.

und

Zoppot, Geeststraße 39.

Feinste Tafelbutter, alle Sorten füllt. Als Spezialität anerkannt hochfeine Cervelat-, Leber-

Trüffel- und Blutwurst, nur selbstgemachtes Fabrikat empfiehlt G. Meves.

und

Zoppot, Geeststraße 39.

Feinste Tafelbutter, alle Sorten füllt. Als Spezialität anerkannt hochfeine Cervelat-, Leber-

Trüffel- und Blutwurst, nur selbstgemachtes Fabrikat empfiehlt G. Meves.

und

Zoppot, Geeststraße 39.

Feinste Tafelbutter, alle Sorten füllt. Als Spezialität anerkannt hochfeine Cervelat-, Leber-

Trüffel- und Blutwurst, nur selbstgemachtes Fabrikat empfiehlt G. Meves.

und

Zoppot, Geeststraße 39.

Feinste Tafelbutter, alle Sorten füllt. Als Spezialität anerkannt hochfeine Cervelat-, Leber-

Trüffel- und Blutwurst, nur selbstgemachtes Fabrikat empfiehlt G. Meves.

und

Zoppot, Geeststraße 39.

Feinste Tafelbutter, alle Sorten füllt. Als Spezialität anerkannt hochfeine Cervelat-, Leber-

Trüffel- und Blutwurst, nur selbstgemachtes Fabrikat empfiehlt G. Meves.

und

Zoppot, Geeststraße 39.

Feinste Tafelbutter, alle Sorten füllt. Als Spezialität anerkannt hochfeine Cervelat-, Leber-

Trüffel- und Blutwurst, nur selbstgemachtes Fabrikat empfiehlt G. Meves.

und

Zoppot, Geeststraße 39.

Feinste Tafelbutter, alle Sorten füllt. Als Spezialität anerkannt hochfeine Cervelat-, Leber-

Trüffel- und Blutwurst, nur selbstgemachtes Fabrikat empfiehlt G. Meves.

und

Zoppot, Geeststraße 39.

Feinste Tafelbutter, alle Sorten füllt. Als Spezialität anerkannt hochfeine Cervelat-, Leber-

Trüffel- und Blutwurst, nur selbstgemachtes Fabrikat empfiehlt G. Meves.

und

Zoppot, Geeststraße 39.

Feinste Tafelbutter, alle Sorten füllt. Als Spezialität anerkannt hochfeine Cervelat-, Leber-

Trüffel- und Blutwurst, nur selbstgemachtes Fabrikat empfiehlt G. Meves.

und

Zoppot, Geeststraße 39.

Feinste Tafelbutter, alle Sorten füllt. Als Spezialität anerkannt hochfeine Cervelat-, Leber-

Trüffel- und Blutwurst, nur selbstgemachtes Fabrikat empfiehlt G. Meves.

und

Zoppot, Geeststraße 39.

Feinste Tafelbutter, alle Sorten füllt. Als Spezialität anerkannt hochfeine Cervelat-, Leber-

Trüffel- und Blutwurst, nur selbstgemachtes Fabrikat empfiehlt G. Meves.

und

Zoppot, Geeststraße 39.

Feinste Tafelbutter, alle Sorten füllt. Als Spezialität anerkannt hochfeine Cervelat-, Leber-

Trüffel- und Blutwurst, nur selbstgemachtes Fabrikat empfiehlt G. Meves.

und

Zoppot, Geeststraße 39.

Feinste Tafelbutter, alle Sorten füllt. Als Spezialität anerkannt hochfeine Cervelat-, Leber-

Trüffel- und Blutwurst, nur selbstgemachtes Fabrikat empfiehlt G. Meves.

und

Zoppot, Geeststraße 39.

Feinste Tafelbutter, alle Sorten füllt. Als Spezialität anerkannt hochfeine Cervelat-, Leber-

Trüffel- und Blutwurst, nur selbstgemachtes Fabrikat empfiehlt G. Meves.

und